



Die Reformkonservativen

Parteiprogramm

Präambel

Wir, „Die Reformkonservativen – REKOS“, stehen für

- Verantwortung vor Gott und dem Nächsten,
- Achtung vor den Leistungen unserer Vorfahren,
- Verpflichtung für unsere Nachkommen,
- Streben nach Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit in der Politik
- und die Wiederherstellung der Geltung konservativer Werte.

Daher bekennen wir uns insbesondere zur christlichen Wertordnung, zur abendländischen Tradition, zur staatstragenden Bedeutung der Familie, zur Gerechtigkeit und zum freien Eigentum.

10 Thesen

- I. Der Mensch ist das Ebenbild Gottes, sein Grundrecht auf Leben ist unantastbar.
- II. Auf der Familie als generationenübergreifender Gemeinschaft von Mann, Frau und Kind beruht der Staat.
- III. Die Völker Europas als historisch gewachsenes Faktum sind die Träger der staatlichen Souveränität, diese verlangt das österreichische Staatsvolk zurück.
- IV. Das Privateigentum und die Verfügungsmacht über den Arbeitsertrag sind die Grundlagen der persönlichen Freiheit.
- V. Meinungs- und Gesinnungsfreiheit ist das Recht, sich für das Gute, Wahre und Schöne oder für deren Gegenteil zu entscheiden.
- VI. Der Staat hat im Vertrauen auf seine Bürger die Privatsphäre des Einzelnen und der Familien zu garantieren.
- VII. Der Auftrag zum verantwortungsvollen Gebrauch der Schöpfung verpflichtet zur Wahrung von Natur und Umwelt.
- VIII. Die Wirtschaftsordnung hat auf den Grundsätzen der freien Initiative, der Subsidiarität und dem geschützten Privateigentum zu beruhen.
- IX. Ein leistungsorientiertes Schul- und Bildungssystem hat nach individuellen Begabungen und unter Achtung der Elternrechte breit Fähigkeiten und Wissen zu vermitteln sowie Eliten hervorzubringen.
- X. Zum Schutz der Unabhängigkeit und Neutralität Österreichs müssen alle Bereiche der umfassenden Landesverteidigung optimiert werden.

I.

Der Mensch ist das Ebenbild Gottes, sein Grundrecht auf Leben ist unantastbar.

Das fundamentale Menschenrecht ist das Recht auf Leben. Dieses ist Voraussetzung für alle anderen Menschenrechte. Der Mensch kann niemals Sache sein, sondern ist immer einzigartige Person. Daher sind das menschliche Leben von der natürlichen Empfängnis bis zum natürlichen Tod, sowie die Würde jedes Menschen unantastbar.

Wir Reformkonservative fordern daher den vollen staatlichen Schutz jedes Menschen, sei er geboren oder ungeboren und lehnen Abtreibung, Präimplantationsdiagnostik, Euthanasie, Sterbehilfe, Embryonenforschung, Klonung menschlicher Zellen und die Organ- oder Gewebebeschaffung aus geborenen oder ungeborenen Menschen sowie Organentnahmen ohne ausdrückliche Zustimmung als schwere Menschenrechtsverletzung ab.

Wir Reformkonservative stehen für eine Kultur des Lebens und wehren uns gegen die vorherrschende Kultur des Todes.

II.

Auf der Familie als generationenübergreifender Gemeinschaft von Mann, Frau und Kind beruht der Staat.

Das „Sozialmodell Familie“, gebildet aus Mann, Frau und Kindern, ist älter als jeder Staat, daher hat dieser nicht das Recht, die Familie umzudeuten oder gar zu zerstören. Dennoch haben staatliche Systeme und ideologische Verirrungen in den letzten Jahrzehnten zu massiven Schäden bei den Familien geführt. Der Zeitgeist mit seinen Forderungen nach Ehe- und Adoptionsrecht für Homosexuelle, der Gender-Ideologie, der Verstaatlichung der Kindererziehung, der Ghettoisierung der Generationen und der Förderung jeglicher Bindungslosigkeit führt zur völligen Zerstörung der natürlichsten menschlichen Gemeinschaft, der Familie.

Wir Reformkonservative verlangen eine Reprivatisierung der Familie mit einer Abgabengerechtigkeit (Familiensplitting) und der politischen Anerkennung der Familie durch ein Familienwahlrecht. Damit soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass die Träger der Zukunft eines Staates, die Kinder, am politischen Willensbildungsprozess gleichberechtigt teilnehmen.

Der Beruf als Hausfrau und Mutter muss einem Einzelunternehmer in seiner wirtschaftspolitischen und gesellschaftlichen Bedeutung gleichgestellt werden.

III.

Die Völker Europas als historisch gewachsenes Faktum sind die Träger der staatlichen Souveränität, diese verlangt das österreichische Staatsvolk zurück.

Die EU als neues Machtzentrum einer Funktionärskaste und von anonymen bürokratischen Apparaten sozialistischen Zuschnitts nimmt zunehmend totalitäre und zentralistische Züge an. Die EU hat die aktuellen europäischen Krisen maßgeblich verursacht. Die Konsequenzen und Auswirkungen der Schuldenkrise, der Finanz- und Bankenkrise, der Massenarbeitslosigkeit und der neuen Armut müssen aber alle europäischen Völker tragen. Die EU will die Staaten und die historisch gewachsenen Völker als Kulturträger immer stärker entrechten und entmündigen.

Wir Reformkonservative verlangen daher die Entmachtung der abgehobenen EU-Bürokratie, der arroganten EU-Funktionärseliten und EU-Oligarchen. Wir fordern eine Entschleunigung des Integrationsprozesses und eine Renationalisierung aller seit dem Maastricht-Vertrag von der EU arrogierten Zuständigkeiten. Die EU-Institutionen müssen drastisch rückgebaut oder gänzlich abgeschafft werden. Im Wesentlichen sollte nur ein Rat von demokratisch legitimierten Völkervertretern der Mitgliedsstaaten als Gemeinschaftsorgan übrigbleiben. Wir fordern in weiterer Folge die Kürzung der EU-Mitgliedsbeiträge auf das anteilige Niveau eines Mindestbudgets einer verschlankten EU-neu.

Weil es niemals ein europäisches Staatsvolk geben kann, müssen die Völker Europas die Träger der staatlichen Souveränität bleiben, um den Frieden auf dem Kontinent zu sichern. Dies betrifft insbesondere die Rückerlangung der vollen Budgethoheit und die Aufhebung des ESM.

IV.

Das Privateigentum und die Verfügungsmacht über den Arbeitsertrag sind die Grundlagen der persönlichen Freiheit.

Der moderne Sozialstaat und nunmehr auch die EU-Oligarchie mit ihren Finanzierungserfordernissen rauben den Bürgern derzeit rund die Hälfte des von ihnen erarbeiteten Ertrages und damit die wichtigste Grundlage ihrer persönlichen Unabhängigkeit. Die Umverteilungsbürokratie hat im Ergebnis zu einem großen Gängelungssystem geführt, in dem immer mehr staatliche Bevormundung die Eigenverantwortung verdrängt. In diesem System folgt dem staatlichen Raub durch Steuern und Abgaben als subtile Form der Enteignung der Sozialmissbrauch als Massenerscheinung, der genau besehen jedoch eine verdeckte Form des Diebstahls ist.

Wir Reformkonservative verlangen daher eine deutliche Absenkung der Steuer- und Abgabenquote auf ein verfassungsrechtlich abgesichertes Höchstmaß von 25% des Gesamteinkommens. Wir sprechen uns insbesondere gegen jede Form der Besteuerung von Vermögen, Schenkung und Erbschaft aus. Der Staat muss sich für seine Abgabenansprüche legitimieren, ehe er überhaupt Steuerforderungen zu erheben berechtigt ist. Dem Bürger ist ansonsten die volle Verfügungsmacht über sein Privateigentum und das Recht auf freien Eigentumserwerb zu garantieren.

Wir Reformkonservative anerkennen unter Hinweis auf die Sozialzyklen der Kirche die soziale Verantwortung des Privateigentums für das „bonum commune“. Der Eigentumserwerb soll in christlicher Verantwortung für das Gemeinwohl erfolgen. Nur vor diesem Hintergrund billigen wir dem Staat das Recht zu, soziale Mindeststandards und ihre Durchsetzung zu verordnen.

V.

Meinungs- und Gesinnungsfreiheit ist das Recht, sich für das Gute, Wahre und Schöne oder für deren Gegenteil zu entscheiden.

Neben dem Recht auf Leben gehören das Grundrecht auf eine freie Meinungsäußerung und die Gesinnungsfreiheit zu den wichtigsten Menschenrechten. Diese sind aber durch den Neomarxismus genauso bedroht wie das Recht auf Leben.

Mit breiter medialer Unterstützung ist es dem linken Mainstream gelungen, die Vorgaben der „*political correctness*“ quasi-normativ zu oktroyieren und mit gesellschaftlichen Sanktionen durchzusetzen, obwohl dafür nicht eine einzige rechtsstaatliche und demokratische Legitimation vorliegt. Bedauerlicherweise stellt sich die Rechtsprechung in jüngerer Vergangenheit immer häufiger in den Dienst dieses Gesinnungsdiktats. Es ist stets Kennzeichen eines totalitären Systems, Begriffe umzudeuten - zum Teil in ihr Gegenteil - und mit bezahlten Staatskünstlern die kulturelle Entwicklung ideologisch umzuformen. Das Vordringen der „68er-Ideologie“ hat zum Teil sogar zur rechtlichen und politischen Verfolgung von Personen mit christlichem Weltbild geführt.

Wir Reformkonservative verlangen daher einen freien und offenen Meinungsdiskurs ohne Schreib- und Sprechverbote. Die Freiheit dieses Diskurses kann überhaupt nur dort beschränkt werden, wo zwingende öffentliche, staatsbedrohende Umstände dies verlangen. Der Meinungsdiskurs kann unmöglich auf die Zulässigkeit von linken und libertären Positionen und Irrungen des Zeitgeistes eingeschränkt sein. Daher verlangen wir Reformkonservative eine Entkriminalisierung des politischen Begriffes „rechts“ und die volle Meinungsfreiheit für alle Inhalte des Christentums.

Wir fordern zudem eine Abkehr von der „Kultur des Hässlichen“, eine Aufhebung der Zwänge der Gender-Ideologie und die volle Respektierung der religiösen Werte und Symbole.

VI.

Der Staat hat im Vertrauen auf seine Bürger die Privatsphäre des Einzelnen und der Familien zu garantieren.

Die internationale, die europäische, aber auch die staatliche Entwicklung hat in erschreckendem Ausmaß eine Überwachung des Bürgers in seiner Privat- und Familiensphäre bewirkt, die bereits sehr nahe an das Horrorszenerario des gläsernen Menschen heranreicht. Der Bürger kann sich nicht mehr auf den Schutz des Staates verlassen, sondern wird von diesem ausgespäht und verwaltet.

Unter dem Vorwand der „Sicherheit“ und der „Terrorbekämpfung“ wird der Bürger systematisch überwacht, und es werden hierzu gezielt öffentlich Angstszenerarien erzeugt. Dies dient auch zur Legitimation der Überwachung des gesamten Zahlungsverkehrs unter Speicherung von privaten Daten auf Vorrat.

Wir Reformkonservative verlangen daher eine Offenlegung aller staatlichen und ausgelagerten Datenspeicherungen, Datenweiterleitungen und Datenverarbeitungen über private Daten der Bürger. Diese Beschränkung muss auch die Überwachung des Autoverkehrs mit den damit verbundenen Überwachungsmöglichkeiten des Fahrverhaltens, des Treibstoffverbrauches und der Streckenprofile erfassen, die derzeit missbräuchlich an Autokonzerne weitergeleitet werden. Auch der Missbrauch des Handys der Bürger zu Überwachungs- und Abhörzwecken muss streng geahndet werden. Insgesamt fordern wir Reformkonservative eine Verschärfung der Strafdrohungen für Datendelikte zur Garantie der Privatsphäre des Einzelnen und der Familien.

Wir Reformkonservative verlangen darüber hinaus die Sicherung eines freien privaten Zahlungsverkehrs und die Verhinderung der Einschränkung des Zahlungsverkehrs auf die überwachungsanfällige bargeldlose Abwicklung. Ferner verlangen wir einen wirksamen Schutz für medizinische Daten jeder Art, insbesondere nach der Einführung der Elektronischen Gesundheitsakte (ELGA).

VII.

Der Auftrag zum verantwortungsvollen Gebrauch der Schöpfung verpflichtet zur Wahrung von Natur und Umwelt.

Der verantwortungslose Umgang mit den Gütern der Schöpfung rächt sich in nunmehr immer größeren Umweltkatastrophen mit erschreckend hohen Opferzahlen. Bedauerlicherweise werden solche Katastrophen andererseits für Angstszenerien missbraucht, wie etwa die aktuelle Kampagne vom Klimawandel, die sich nahtlos in die Serie von Hysterien über den Rinderwahn, die Vogelgrippe, das Ozonloch und das Waldsterben einreihet. Andererseits werden beispielsweise Raubbaumethoden, wie der Abbau von Schiefergas, der Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut und hierfür designten Pestiziden und Herbiziden, der Hormoneinsatz in der Massentierhaltung, sowie die Gefährlichkeit der Atomenergienutzung verharmlost.

Wir Reformkonservative verlangen einen respektvollen Umgang mit den Gütern der Schöpfung, um künftigen Generationen deren nachhaltige Nutzung ebenfalls noch zu ermöglichen. Wir verlangen staatliche Beschränkungen für den Abbau natürlicher Ressourcen, vor allem zur Sicherung des Trinkwassers. Wir fordern weiters einen respektvollen Umgang mit den Tieren als Mitgeschöpfe durch einen wirkungsvollen Tier- und Artenschutz, dies auch für Insekten, deren Bedeutung in der Pflanzenbestäubung überlebensnotwendig ist. Für uns Reformkonservative ist es inakzeptabel und unethisch, Lebensmittel zur Energieerzeugung zu verschwenden und Lebewesen zu patentieren. Zur Sicherung der Ernährung mit natürlich und nachhaltig erzeugten Lebensmitteln müssen gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere verboten werden.

VIII.

Die Wirtschaftsordnung hat auf den Grundsätzen der freien Initiative, der Subsidiarität und dem geschützten Privateigentum zu beruhen.

Es hat sich als sozialistischer Irrtum herausgestellt, dass der Staat ein brauchbarer Unternehmer ist und dass über den Staat Arbeitsplätze geschaffen werden können. Staatliche Maßnahmen haben mehr Arbeitsplätze vernichtet als je durch den Staat geschaffen wurden, mit Ausnahme der Bürokratie. Nur ein florierendes Unternehmertum bewirkt Erwerbseinkommen für die breite Masse. Staatliche Bürokratie erstickt jedoch zunehmend die freie unternehmerische Initiative, worunter besonders die KMUs leiden.

Nun übernehmen zunehmend internationale Konzerne, aber auch Banken, eine derart dominante Stellung im Wirtschaftsleben, dass sie sogar in der Lage sind, ganze Staaten zu erpressen. Immer häufiger diktieren sie die Regeln, nach denen kleine Unternehmen in ihren Dienst genommen oder vom Markt verdrängt werden sollen. Eine vernünftige Wirtschaftsordnung beschränkt den Staat nach den Regeln der christlichen Soziallehre auf die Garantie von Mindeststandards zur Sicherung des sozialen Friedens und zur Erzielung größtmöglicher allgemeiner Wohlfahrt.

Wir Reformkonservative fordern daher eine Reduktion des Einflusses der staatlichen Bürokratie auf die unternehmerische Tätigkeit verbunden mit einem Abbau bürokratischer Apparate. Steuersenkungen müssen das Investitionsklima fördern und den Konsum anreizen. Der Faktor Arbeit muss entlastet werden. Umgekehrt müssen ungerechtfertigte Steuerprivilegien, wie die missbrauchsanfällige Gruppenbesteuerung, abgeschafft werden. Der Zwang zur Mitgliedschaft bei Kammern und Verbänden ist mit einer freien Wirtschaftsordnung unvereinbar.

Der Staat muss im Rahmen einer zurückhaltenden Gestaltung seiner Wirtschaftsordnung dennoch für liquide Mittel durch den Bankensektor sorgen.

IX.

Ein leistungsorientiertes Schul- und Bildungssystem hat nach individuellen Begabungen und unter Achtung der Elternrechte breit Fähigkeiten und Wissen zu vermitteln und Eliten hervorzubringen.

Das Schulorganisationsgesetz besagt in § 2: „Die österreichische Schule hat die Aufgabe, an der Entwicklung der Anlagen der Jugend nach den sittlichen, religiösen und sozialen Werten sowie nach den Werten des Wahren, Guten und Schönen durch einen ihrer Entwicklungsstufe und ihrem Bildungsweg entsprechenden Unterricht mitzuwirken. Sie hat die Jugend mit dem für das Leben und den künftigen Beruf erforderlichen Wissen und Können auszustatten und zum selbsttätigen Bildungserwerb zu erziehen.

Die jungen Menschen sollen zu gesunden, arbeitstüchtigen, pflichttreuen und verantwortungsbewussten Gliedern der Gesellschaft und Bürgern der demokratischen und bundesstaatlichen Republik Österreich herangebildet werden. Sie sollen zu selbständigem Urteil und sozialem Verständnis geführt, dem politischen und weltanschaulichen Denken anderer aufgeschlossen sowie befähigt werden, am Wirtschafts- und Kulturleben Österreichs, Europas und der Welt Anteil zu nehmen und in Freiheits- und Friedensliebe an den gemeinsamen Aufgaben der Menschheit mitzuwirken.“

Diese Bestimmung ist leider totes Recht geworden, weshalb sie von uns Reformkonservativen **vollumfänglich zum Programmpunkt** erklärt wird.

Davon ausgehend verlangen wir Reformkonservativen die Achtung der Stellung der Eltern als erste Verantwortungsträger für die Bildung und Erziehung ihrer Kinder. Die Schule hat erst in zweiter Linie subsidiär an diesem Prozess mitzuwirken. Die Gesetzesbestimmung stellt darüber hinaus auf religiöse Werte ab, unter denen historisch der christliche Wertekanon zu verstehen ist. Unter Respektierung des Elternrechtes müssen daher Aspekte der religiösen Prägung, der Sexualerziehung, bei Fragen der Behandlung der Evolutionstheorie, der „political correctness“, der Gender-Ideologie und der Zeitgeschichte von der Schule im Einvernehmen mit den Eltern nach dem christlichen Wertekanon vermittelt werden.

Wir Reformkonservative bekennen uns zu einem differenzierten Schulsystem und treten entschieden gegen jede Gleichmacherei im Erziehungs- und Bildungssystem auf, daher lehnen wir Gesamtschule und Zentralmatura ab. Ein solches Schulsystem muss den Schwerpunkt auf die Förderung von Talenten und auf Leistungsorientierung legen, anstatt nach unten zu nivellieren. Dies muss sich noch viel mehr an den Universitäten und Hochschulen fortsetzen, aus denen vor allem Bildungseliten und Führungskräfte hervorgehen sollen.

Intelligenz und Intellekt sind der eigentliche Rohstoff Österreichs, weshalb nicht nur im Schulsystem auf die Förderung von Talenten zu achten ist, sondern dies muss sich noch vielmehr an den Universitäten und Hochschulen fortsetzen, aus denen vor allem Bildungseliten und Führungskräfte hervorgehen sollen.

X.

Zum Schutz der Unabhängigkeit und Neutralität Österreichs müssen alle Bereiche der umfassenden Landesverteidigung optimiert werden.

Nach Jahrzehnten des Kaputtsparens muss der nüchterne Befund zur Kenntnis genommen werden, dass praktisch kein Bereich der umfassenden Landesverteidigung, weder der zivile, noch der militärische, noch der geistige, und auch nicht der wirtschaftliche Bereich, funktionsfähig im verfassungsgesetzlich gewollten Sinne ist.

Wir Reformkonservative verlangen daher eine Erneuerung des Österreich-Patriotismus in allen staatlichen und semi-staatlichen Bereichen, verbunden mit der Stärkung des Verteidigungswillens und der Verteidigungsbereitschaft, sowie eine Kampagne zur Lebensmittelbevorratung und zur Energiesicherung. Wir fordern eine Neubelebung des Milizsystems mit einer nach den aktuellen Bedrohungsbildern angepassten Sicherheitsdoktrin. Das Bundesheer muss seine Militärbürokratie abbauen und freiwerdende Ressourcen für Kampfverbände verwenden. Das Bundesheer bedarf einer ausreichenden budgetären Dotierung, vor allem zur Erneuerung der veralteten Ausrüstung im Ausmaß von zumindest einem Prozent des BNP nach Schweizer Vorbild.

Für Wehrpflichtige, welche einen Dienst mit der Waffe ablehnen, soll eine paramilitärische Katastrophenschutzinheit im Rahmen des Milizsystems aufgebaut werden, in welche auch alle Blaulichtorganisationen einbezogen werden sollen.

Die allgemeine Wehrpflicht muss beibehalten werden.

Die Neutralität Österreichs darf um keinen Millimeter mehr eingeschränkt werden. Wir lehnen daher eine Eingliederung Österreichs in die NATO oder in eine EU-Militärunion ab.

Auslandseinsätze des österreichischen Bundesheeres sind für uns Reformkonservative nur auf der Grundlage von Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen akzeptabel, solange sie nicht mit dem Status Österreichs als neutraler Staat in Widerspruch geraten. Das bedeutet eine Konzentration auf „peace keeping“ Einsätze.